

## Aktionstage am 15. und 16. April

### Ja zum Leben –

### Schutz des ungeborenen Kindes

#### Die CDU Nordrhein-Westfalen bezieht Position

- Das menschliche Leben ist Leben von Anfang an. Jeder, auch das ungeborene Kind, hat ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Es ist unser vorrangiges Ziel, diese Rechte durch soziale und gerechte Maßnahmen zu gewährleisten.
- Nach unserer Auffassung ist das Lebensrecht des ungeborenen Kindes ein höheres Rechtsgut als das Selbstbestimmungsrecht der Frau.
- Wir verkennen nicht, daß es schwerwiegende Konfliktlagen gibt und Frauen durch Austragen ihres Kindes überfordert sind. CDU-Politik will sich der Not der Menschen annehmen, soll Notlagen vermeiden helfen und so das Leben schützen.
- Mehr als bisher ist zu berücksichtigen, daß der Vater ebenso wie die Mutter zum Entstehen des neuen Lebens beigetragen hat, und beide im gleichen Maße Verantwortung zu tragen haben.
- Beratungsstellen dürfen nur dann anerkannt und gefördert werden, wenn sie entsprechend der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Februar 1975 zugunsten des Lebens beraten, über Hilfen informieren und diese vermitteln.
- Es ist unser Ziel, die familienpolitischen Rahmenbedingungen auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft zu verbessern.
- Politische Entscheidungen, gesetzgeberische Schritte, staatliches Handeln können viel bewirken, jedoch persönliche Zuwendung, Liebe und Verantwortung nicht ersetzen.
- Das in öffentlichen Resolutionen oft eingeforderte „Ja zum Kind“ geht uns alle an und fordert uns heraus zu praktizierter Solidarität.
- Die Änderung des Bewußtseins in unserer Gesellschaft zugunsten des Lebensrechts des ungeborenen Kindes ist für die CDU eine zentrale politische Aufgabe.



# Blüm: Strukturwandel in der Landwirtschaft

In einer Rede auf der Akademietagung zur „Zukunft der Landwirtschaft“ in Bonn-Röttgen hat der Vorsitzende der CDU NRW, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, den Kapazitätsabbau in der Landwirtschaft als unausbleibliche Konsequenz der Schwierigkeiten auf dem europäischen Agrarmarkt bezeichnet. Der erforderliche Kapazitätsabbau könne aber nicht allein über die Preispolitik erreicht werden: Dies hätte einen radikalen Verdrängungswettbewerb der Großen zu Lasten der Kleinen zur Folge. Blüm wörtlich: **„Wir wollen den bäuerlichen Familienbetrieb und nicht die Agrarfabrik. Um ihn zu erhalten, um beim Strukturwandel zu helfen, sind ähnlich wie bei Kohle und Stahl staatliche Flankierungen nötig.“** Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft dauerhaft zu sichern, schlägt Blüm u. a. vor:

- ① Jede weitere einzelbetriebliche Kontingentierung über die Milchquoten hinaus muß vermieden werden. Sie verlagert nämlich den Verdrängungswettbewerb in andere, noch nicht reglementierte Produktionsbereiche. Dies geht zu Lasten der Betriebe, die geringe oder keine Produktionskontingente haben.
- ② Auf der Basis freiwilliger Verträge sollen bei einem entsprechenden Einkommensausgleich Ackerflächen aus der Produktion genommen werden. Eine obligatorische Teilflächenstillegung lehnen wir ab — sie wirkt strukturkonservierend und erfordert hohe Aufwendungen je Flächeneinheit.

③ Durch die Vorruhestandsregelung wollen wir den Strukturwandel im Generationswechsel erleichtern und damit die Stilllegung von Betrieben ermöglichen und sozial flankieren.

④ Wir wollen mit Maßnahmen der Steuerpolitik die Betriebsaufgabe und — als sanftere Form — den Übergang zum Nebenerwerb erleichtern.

⑤ Außerdem wollen wir, daß nachwachsende Rohstoffe in Forschung und Entwicklung nachhaltig gefördert werden. Dies eröffnet bäuerlichen Betrieben neue Produktions- und Absatzchancen.

## DAS ZITAT

*„Ich bin überzeugt: Die Bürger in Nordrhein-Westfalen erkennen immer mehr, daß die Union — die neue Union in Nordrhein-Westfalen die einzige politische Kraft in diesem Lande ist, die Verantwortung und Zukunftsperspektiven wieder zum Bestandteil der nordrhein-westfälischen Politik machen kann . . . Die nordrhein-westfälischen Mitglieder unserer gemeinsamen CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind nicht nur zahlenmäßig ein entscheidender Faktor für unsere Politik in Bonn. Ich erlebe sie auch als Stütze, wenn es darum geht, wichtige Grundsätze unserer Fraktionsarbeit zu verwirklichen.“*

**Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**



## CDA-Landestagung:

# Für die Interessen der Arbeitnehmer

**304 Delegierte und über 200 Gäste und interessierte Teilnehmer sind am Samstag, dem 5. März 1988, nach Oberhausen zur Landestagung der CDA Nordrhein-Westfalen angereist. CDA-Landestagung als Meinungsbörse, an der sich jeder beteiligen konnte.**

Der CDA-Landesvorsitzende Wolfgang Vogt, MdB, stellte seinen politischen Bericht unter drei Leitsätze:

**„Wir mahnen:** Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt Aufgabe Nr. 1. Wir finden uns nicht damit ab, daß über 2 Millionen Menschen keine Beschäftigung haben. Wir wollen weitere Schritte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und zwar heute und jetzt.

**Wir feiern:** Die Ruhrgebietskonferenz beim Bundeskanzler war ein großer Erfolg für die Menschen in NRW. Statt Depression und Resignation gibt es wieder Hoffnung und Zuversicht. Das ist auch ein Verdienst der CDA. Sie war Motor und Impulsgeber der Gespräche im Kanzleramt.

**Wir kämpfen:** Die Bundesrepublik verfügt über ein leistungsfähiges Gesundheitswesen. Es gehört zu den besten der Welt. Wir kämpfen dafür, daß dieses freiwillige Gesundheitswesen nicht zur Beute von Gruppeninteressen wird.“

Landessozialsekretär Ralf Lindemann verwies in seinem Organisationsbericht besonders auf die steigenden Mitgliederzahlen des letzten Jahres, auf die 21 neu-

gegründeten Betriebsgruppen seit September 1987 und die außerordentlich guten Ergebnisse der Betriebs- und Personalratswahlen im Frühjahr 1987.

Mit den vorliegenden Anträgen forderten die CDA-Delegierten die Verlängerung und Verbesserung des Vorruhestandsgesetzes, weitere Entlastungen der Familien durch Verlängerung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten in die Sozialversicherungspflicht.

In einem Positionspapier des Landesvorstandes stellt sich die CDA hinter die Reform des Gesundheitswesens von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, forderte aber Verbesserungen im Gesetzentwurf.

Das einstimmig verabschiedete Positionspapier „Arbeit für alle“ gliedert sich in einen bundes- und einen landespolitischen Teil.

Es enthält die Forderungen nach baldiger Durchführung von Umweltschutzinvestitionen und Altlastenbeseitigung; branchenspezifischen Arbeitszeitverkürzungen und Vorruhestand als unverzichtbare Elemente der Arbeitsmarktpolitik; Vermehrung von Teilzeitarbeitsplätzen; Erweiterungen der Qualifizierungs- und Eingliederungsinstrumente für Langzeitarbeitslose und die Verbesserung der Infrastruktur der ländlichen Problemregionen in der regionalen Wirtschaftsförderung.

Der Beitrag aller Beschäftigten wird angemahnt durch den Verzicht auf ein



# Ein großer Schritt nach vorn Raumfahrtagentur kommt nach NRW

Als Norbert Blüm mit dem Landesvorstand anlässlich der letzten Sitzung die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. besuchte, war ein „Geschenk“ Bonns für Nordrhein-Westfalen schon bekannt: NRW wird Sitz der Deutschen Raumfahrtagentur. Diese Entscheidung ist vor allem dem Einsatz der CDU zu verdanken. Sie stellt eine konkrete Hilfe zur Modernisierung der Wirtschaft in NRW dar.

Die Raumfahrtagentur ist aber nicht die einzige Leistung der Bundesregierung zum Aufschwung der Zukunftstechnologie in Nordrhein-Westfalen. Der Vorsitzende des Landesfachausschusses für Wirtschaft, Forschung und Technologie, Dr. Jürgen Rüttgers MdB, stellt hierzu fest:

Seit 1982 hat der Bundesforschungsminister insgesamt 221 Millionen Mark für Weltraumforschung nach Nordrhein-Westfalen vergeben. Die jährlichen Mittel haben sich von 22 Millionen Mark (1982) auf 44 Millionen Mark (1987) verdoppelt. Die Weltraumforscher in Hochschulen und anderen Forschungseinrich-

Prozent der Tarifierhöhung für einen Solidaritätsfonds, in den auch die Arbeitgeber einzahlen, zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Längere Grußansprachen hielten der CDU-Landesvorsitzende Dr. Norbert Blüm und der CDA-Bundesvorsitzende Ulf Fink.

tungen Nordrhein-Westfalens haben einen international anerkannten Standard erreicht. Doch bei der industriellen Nutzung steht Nordrhein-Westfalen bisher im Abseits:

■ An Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen fließen 90 Prozent der Weltraumfördermittel des Bundes für NRW, an Unternehmen lediglich sieben Prozent.

■ Von 30 mittelständischen Unternehmen, die sich an den Raumfahrtgroßprogrammen Spacelab und Ariane I bis IV beteiligten, stammt nur eines aus Nordrhein-Westfalen.

Diese industrielle Schiefelage Nordrhein-Westfalens in der Raumfahrt muß korrigiert werden. Das Interesse der Industrie ist vorhanden. Es fehlt ein weltraumpolitisches Gesamtkonzept der Landesregierung. Die CDU Nordrhein-Westfalen hat bereits vor einigen Monaten vorgeschlagen,

■ ein Weltrauminstitut NRW als Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle für Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu errichten,

■ die weltraumbezogenen Forschungskapazitäten an unseren Hochschulen zu stärken,

■ gemeinsame Experimente zwischen Hochschulen und der Stahlindustrie zur Entwicklung neuer Werkstoffe im Weltraum zu fördern.

Die jüngsten Beschlüsse der Europäischen Raumfahrtagentur ESA werden der

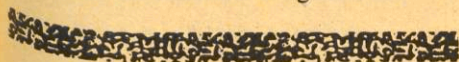


## Zur Diskussion gestellt

Der Landesvorsitzende der Jungen Union NRW, Ronald Pofalla, hat Anfang März in einem Thesenpapier Vorschläge unterbreitet, wie das Vertrauen in politische Führung nach der Kieler Wahlkampffäre wiedergewonnen werden kann. Aussagen zum bestehenden Ämterfilz oder zu Machtkartellen innerhalb der Parteien sollen belegen, wie dringend eine Reform des politischen Systems an Haupt und Gliedern vorgenommen werden muß. Nachfolgend ein kurzer Auszug aus der Broschüre, die bei der Landesgeschäftsstelle der JU NRW, Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1, angefordert werden kann.

**These: Gestaltende und zukunftsorientierte Politik – statt Postenerhalt und Ämterübernahme – muß wieder oberstes Ziel der Parteien werden**

Der Umgang der Parteien mit ihren „Denkern“ ist bekannt. Sie gelten als



deutschen Raumfahrtindustrie wichtige Aufträge und einen technologischen Schub nach vorn bringen. Deshalb muß die Landesregierung jetzt aktiv werden. Sonst werden die Mittel und das Know-how an unserem Land vorbeilaufen. Damit wäre auch das Startkapital „Raumfahrtagentur“ leichtfertig verspielt.

„Unruhestifter“, als „destruktiv“ und als „parteischädigend“. Alle Parteien in der Bundesrepublik Deutschland haben zu ihnen ein gestörtes Verhältnis. Als Namen können hier angeführt werden: Kurt Biedenkopf, Erhard Eppler, Ralf Dahrendorf und Otto Schily. Allen ist gemein, daß sie trotz ihrer intellektuellen Fähigkeiten und ihrer Innovationsfähigkeit nicht die geeigneten Möglichkeiten erhalten, auf die innerparteiliche Parteiprogrammatik und die Strategie Einfluß zu nehmen.

**These: Die Parteitage als degenerierte Abstimmungsmaschinerie müssen der Vergangenheit angehören**

In allen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sind die Parteitage als oberstes beschlußfassendes Gremium vorgesehen. Demnach sollten die Parteitage der eigentliche Ort der politischen Willensbildung sein. Die „Alltagspraxis“ sieht jedoch völlig anders aus. Langatmige Berichte, Auftritte von Führungspersonen als bloßes Ritual und langweilige Geschäftsordnungsdebatten prägen, von Ausnahmen abgesehen, die Parteitage auf allen Ebenen.

Instrumente wie die Antragskommission werden vom übermächtigen Vorstand als Kampfmittel zur Verhinderung von spontanen und kontroversen Debatten eingesetzt. Geschäfts- wie Verfahrensordnungen sind überhäuft mit Regeln, die die Einbringung von Anträgen erschweren.



Parteitage in Deutschland sind zu Harmonieveranstaltungen zur Sicherung und Machterweiterung der Vorstände verkommen.

### **These: Große Gremien begünstigen Machtkartelle**

Diese These erscheint widersprüchlich, wird jedoch durch die Praxis bestätigt. Die große Zahl von Gremienmitgliedern erweckt den Eindruck der Beteiligung vieler an der politischen Willensbildung. Mit der Größe der Gremien nimmt jedoch der Anteil der an den Entscheidungsprozessen Beteiligten ab, da die Kontrolle dieser Prozesse immer schwieriger und somit die politische Professionalität gefördert wird.

Es gilt daher die Satzungsregeln der Parteien so zu gestalten, daß wieder durchsichtige und auf breite Beteiligung angelegte Arbeitsformen in den Gremien möglich sind und nicht wenige alles zu entscheiden haben, obwohl die Anzahl der Gremienmitglieder hoch ist.

### **These: Die Listenplatzvergabe verkommt als Instrument zur Absicherung unsicherer Wahlkreisinhaber und einiger weniger Parteiführer**

Führungspersönlichkeiten der Wirtschaft, Wissenschaft, Medizin usw. gehören dem Deutschen Bundestag heute nur noch als Ausnahmeerscheinung an, und führende Gewerkschafter sind deshalb zum Teil zu blassen Funktionären geworden, weil sie neben der Parlaments- und der Gewerkschaftsarbeit nun auch noch Wahlkreis- und Parteiarbeit leisten müssen.

### **Informationen**

Die CDU-Landtagsfraktion hat am 30. April 1987 eine Fachtagung „Kleine Schulen“ veranstaltet.

Die Referate, die bei dieser Fachtagung gehalten wurden, sind jetzt dokumentiert. Vor dem Hintergrund der aktuellen schulpolitischen Entwicklung, z. B. drohende Schulschließungen, Schulfriedensgesetz von CDU und FDP, sind die Ergebnisse dieser Tagung für die politische Arbeit von Interesse.

Exemplare der Dokumentation können bei der CDU-Landtagsfraktion, Haus des Landtags, 4000 Düsseldorf 1, angefordert werden.

Die Listenplatzvergabe — als einziger Ausweg aus diesem Dilemma — muß daher in den Parteien als Instrument zum Einzug von **Persönlichkeiten** in das Parlament wieder neu begriffen werden und darf nicht verkommen als Instrument zur Absicherung von unsicheren Wahlkreisinhabern und einiger weniger Parteiführer. Es darf aber eben erst recht nicht begriffen werden zur **Verhinderung von Persönlichkeiten**, weil der Wahlkreis als unabdingbare Voraussetzung für die Aufnahme auf die Liste gilt.

### **These: Die Anzahl der Mandatsträger muß halbiert werden**

Durch die kommunale Gebietsreform hat sich in den letzten Jahren die Anzahl der Mitglieder eines einzelnen Rates enorm erhöht. Allerdings hat die Größe der Räte nicht zu einer Erhöhung der Transparenz



und Effektivität der Entscheidungen geführt, sondern diese sogar erheblich beeinträchtigt.

Wir brauchen nicht eine hohe Anzahl von „Hinterbänklern“, sondern kleinere Parlamente, wo **alle** an der Entscheidungsfindung beteiligt sind.

## **These: Die Diätenregelung ist ungerecht, überholt und fördert das Mittelmaß in den Parlamenten**

Die Praxis des deutschen Diätensystems hat zu drei Erscheinungen geführt:

1. Für Führungspersönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft bedeutet unser Diätensystem eine zum Teil erhebliche finanzielle Beeinträchtigung ihrer Einkünfte.
2. Vertreter anderer Berufsgruppen begreifen unser Diätensystem als ansonsten nie zu erreichende Einnahmequelle.
3. Die Folge dieser Entwicklung ist nicht die finanzielle Unabhängigkeit des Politikers, sondern die Abhängigkeit, diese ungeahnte — und sonst auch nie erreichbare — Einnahmequelle durch eine Wiederwahl in den Deutschen Bundestag zu sichern, was die Abhängigkeit von der Partei und vom Apparat erhöht.

Das Diätensystem muß daher völlig umgestellt werden. Als Vorschlag wäre beispielsweise zu diskutieren, daß jeder MdB 10 Prozent mehr erhält, als er vor seiner Parlamentstätigkeit erhalten hat.

## **These: Kein Mandatsträger darf länger als vier Perioden dem Parlament angehören**

Die typisch deutsche Regung, jemanden für besonders lange Tätigkeit (beispiels-

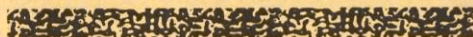
## **25. Todestag von Johannes Albers**

Am 8. März jährte sich zum 25. Mal der Todestag des Gründers der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Johannes Albers, der auch der erste Vorsitzende der CDA-Sozialausschüsse Rheinland war.

Albers, 1980 in Mönchengladbach geboren, war während des Nationalsozialismus aktiv im Widerstand tätig. Bereits 1945 eröffnete er das „Büro Albers“ auf der Breiten Straße in Köln und begann, die versprengten Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre aus den christlichen Gewerkschaften und der christlich-sozialen Arbeiterbewegung aus dem „gesamten Reichsgebiet“ zu sammeln.

Bei der Diskussion über die Frage, ob man sich der wiedergegründeten Zentrumspartei oder der neu gegründeten CDU anschließen soll, setzte sich Albers durch: Die große Mehrheit der christlich-sozialen Arbeitnehmervertretung schloß sich der CDU an. Im Januar 1946 gründeten sich auf Einladung von Albers die „Sozialausschüsse der CDU/CSU Nordrhein“.

Mit einer Kranzniederlegung und einer Gedenkfeier hat die CDA ihres Gründers gedacht.



weise die lange Betriebszugehörigkeit) zu ehren, verkennt, daß in der Regel derjenige, der lange Zeit ein und dieselbe Tätigkeit ausübt, im besten Fall zwar sehr effektiv arbeitet, im Regelfall aber wohl betriebsblind geworden ist und hinsicht-



lich der Gestaltung seiner Arbeit eher einfalllos sein wird.

Zur Belebung des Parlaments und zur Steigerung der inhaltlichen Qualität von Politik ist es daher wichtig, die Forderung aufzustellen, daß Mandatsträger nicht länger als höchstens vier Perioden dem

Parlament angehören dürfen. Um dieses Instrument der Begrenzung der Wahlperioden eines Abgeordneten aber nicht auch als Verhinderungsinstrument von für die Menschen wichtigen Persönlichkeiten werden zu lassen, sollten Ausnahmen auf Beschluß des Parteitages mit Dreiviertelmehrheit möglich sein.

## Termine

18. 3. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	Dortmund
22. 3. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft	Düsseldorf
18. 4. 1988	17.00 Uhr	LFA Deutschlandpolitik	Düsseldorf
21. 4. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschaft	Düsseldorf
22. 4. 1988	10.00 Uhr	Fachkongreß „Technik“	Siegen
23. 4. 1988	10.00 Uhr	Fachkongreß „Insolvenzrecht“ WIV und LACDJ	Düsseldorf
26. 4. 1988	17.00 Uhr	IFA Wissenschaft	Düsseldorf
29. 4. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	Unna
7. 5. 1988	—	Fachkongreß „Schule“	Werl
17. 5. 1988	14.00 Uhr	LFA Kulturpolitik	Bielefeld
26. 5. 1988	18.00 Uhr	Vorsitzendenkonferenz	Münster
27. 5. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	Düsseldorf
9. 6. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschaft	Düsseldorf
12. 6. bis 16. 6. 1988		Bundesparteitag	Wiesbaden
21. 6. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft	Düsseldorf
25. 6. 1988	—	EAK-Landestagung	Kleve
1. 7. 1988	15.00 Uhr	Landesvorstand	